



Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
Abteilung Projekte und Programme

Wesselstraße 12
53113 Bonn

Telefon: 0228 9086882
Fax: 0228 9814517

zfdprojekte@forumzfd.de
www.forumzfd.de

Spendenkonto:
Konto 82 40 101
BLZ 370 205 00
Bank für Sozialwirtschaft

Lutz Schrader



Zivilgesellschaftliche Identitätsarbeit

Ein Handlungsfeld des Zivilen Friedensdienstes im westlichen Balkan



Lutz Schrader

Zivilgesellschaftliche Identitätsarbeit

Ein Handlungsfeld des Zivilen Friedensdienstes im westlichen Balkan



Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (*forumZFD*) wurde 1996 gegründet, um eine wirksame Alternative zu Gewalt in den Gesellschaften und zwischen Staaten zu schaffen. Ziel ist es, auf zivilgesellschaftlicher Ebene ein friedliches Zusammenleben in unserer globalisierten Welt zu fördern. Die aktive, gewaltfreie Konfliktbearbeitung durch Dialog, Vermittlung und Versöhnung steht dabei im Mittelpunkt.

Gemäß dem Grundgedanken »Frieden braucht Fachleute« bilden wir in der Akademie für Konflikttransformation Menschen zu Friedensfachkräften aus. Diese werden von uns wie von anderen Friedens- und Entwicklungsorganisationen zu langfristigen Einsätzen in Konfliktregionen weltweit entsandt.

Derzeit sind wir in Projekten in Nahost, auf dem westlichen Balkan, auf den Philippinen sowie in Deutschland tätig. Darüber hinaus beraten wir verschiedene Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit hinsichtlich ihrer konfliktsensiblen Ausrichtung.

Unsere Arbeit ist Teil weltweiter Bemühungen um realistische Alternativen zur militärischen Konfliktbearbeitung. Wir haben daher das Europäische Netzwerk für Zivile Friedensdienste (EN.CPS) mitbegründet und sind Mitglied der globalen Nonviolent Peaceforce. In Deutschland werben wir mit einer Ausstellung, Friedensläufen, Vorträgen und Filmen für die Idee professioneller gewaltfreier Konfliktbearbeitung.

Anfang 2007 wurde das Forum Ziviler Friedensdienst vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als Träger des Entwicklungsdienstes nach § 2 des Entwicklungshelfergesetzes (EhFG) anerkannt.

Zivilgesellschaftliche Identitätsarbeit

Herausgeber

Forum Ziviler Friedensdienst e.V. ■ Abteilung Projekte und Programme
Wesselstraße 12 ■ 53113 Bonn
Telefon: 02 28 9 08 68 82 ■ Fax: 02 28 9 81 45 17
zfdprojekte@forumzfd.de ■ www.forumzfd.de

Redaktion

Miriam Köppel, Carsten Montag

Fotos Lutz Schrader (Titel), *forumZFD*, Atelier für Mediengestaltung AfM
Gemälde Musli Mulliqi, mit freundlicher Genehmigung von Musli Mulliqi und dem »League of Prizren Museum«

1. Auflage, Idstein, November 2008 ■ ISBN 973 8933 32533-4

Verlag

 meinhardt

Magdeburgstraße 11 ■ 65510 Idstein ■ www.meinhardt.info

Vorwort

Das Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) ist seit nun fast zehn Jahren im westlichen Balkan tätig. Nach Projekten, die sich mit der unmittelbaren Konfliktnachsorge unter anderem in den Bereichen Ausbildung, Training und Capacity-building sowie Vermittlung in konkreten Konfliktsituationen beschäftigt haben, erfolgt seit der Mitte des Jahrzehnts eine Umsteuerung und Erweiterung unseres Engagements. Im Mittelpunkt steht die Friedenskonsolidierung (Peacebuilding), konkret: die nachhaltige Überwindung der Konflikursachen durch die Stärkung von Institutionen und die Arbeit an Werten und Haltungen, ohne die ein belastbarer Friedensprozess nicht gelingen kann. Die Anpassung und Weiterentwicklung der Tätigkeit des Zivilen Friedensdienstes wurde in der Regionalstrategie für den westlichen Balkan aus dem Jahr 2006 vorbereitet.

Mit der vorliegenden Studie wurden die in der Regionalstrategie fixierten zentralen Handlungsfelder weiterentwickelt. Gemeinsam mit der Studie zur Vergangenheitsarbeit von Tanja Rother («Remembering the Past to Live the Future – Ansätze und Potenziale für den Zivilen Friedensdienst im Kosovo») stellt sie eine neue konzeptionelle Grundlage für die inhaltliche Ausgestaltung und Umsetzung der Projekte dar.

Angesichts der Schnittmenge zwischen Vergangenheits- und Identitätsarbeit liegt es nahe, beide Zugänge bei der Konzipierung und Realisierung neuer Projekte zu kombinieren. Während die Vergangenheitsarbeit primär darauf gerichtet ist, durch Gewalterfahrungen verletzte und zerstörte soziale Beziehungen zu heilen, geht es in der Identitätsarbeit darum, den (Wieder-)Aufbau der Wirtschaft und der staatlichen Institutionen durch einen nachhaltigen Wandel der Werthaltungen und Identitäten zu begleiten.

Die Langfassung der Studie, die einen umfangreichen theoretisch-konzeptionellen Teil enthält, kann auf der Website des forumZFD eingesehen und heruntergeladen werden (www.forumzfd.de).



Carsten Montag
Leiter der Abteilung Projekte und Programme

Inhalt

1	Ausgangslage: blockierte Friedensprozesse	7
2	Die Situation im westlichen Balkan	8
2.1	Kosovo	8
2.2	Mazedonien	9
2.3	Die Politik der internationalen Gemeinschaft	11
3	Zivilgesellschaftliche Identitätsarbeit im westlichen Balkan	14
3.1	Beratung der internationalen Gemeinschaft	17
3.2	Auseinandersetzung mit der Identitätspolitik der lokalen Regierungen	18
3.3	Erforschung und Überwindung des »Mythos-Symbol-Komplexes«	20
3.4	Erarbeitung und Unterstützung friedensfördernder Identitätsentwürfe	22
3.5	Vernetzung verschiedener Ansätze und Projekte der Identitätsarbeit	24

1 Ausgangslage: blockierte Friedensprozesse

»No problem can be solved with the same consciousness that created it. We have to think with a new mind ...«

Albert Einstein

Kollektive Identitäten sind ein wichtiger Schlüssel, der den Zugang zu den kulturellen Ressourcen einer Gemeinschaft bzw. Gesellschaft eröffnet. Die Stabilität und Dynamik von Friedensprozessen ist in hohem Maße davon abhängig, welche politischen und intellektuellen (religiösen/kulturellen) Eliten diesen Zugang kontrollieren und inwieweit sie diese Stellung nutzen, um den Friedensprozess zu befördern oder zu blockieren. Solange die (ehemaligen) Konfliktparteien in der mentalen und kulturellen Logik der Konfrontation und Verfeindung gefangen bleiben, bieten sich Ansatzpunkte für den Einfluss radikaler ethno-politischer Führer. Dieser Zustand gegenseitiger Abschließung der ethno-politischen Gemeinschaften – Marcel Baumann (2008) nennt ihn »selbst gewählte Apartheid« – ist durch folgende Merkmale charakterisiert:

- Die kulturell und institutionell verfestigte Verfeindung (*sectarianism*) hält die Gemeinschaften, die sich weiterhin feindlich gegenüberstehen, in der meist krisenhaften Post-Konfliktphase zusammen.
- In der öffentlichen Meinung und in der politischen Auseinandersetzung behalten Hardliner, die jegliche Verständigung mit der anderen Seite ablehnen, einen großen, zum Teil dominierenden Einfluss.
- Die räumliche Trennung der Gemeinschaften (Segregation und Separation) verstärkt sich durch die Migration aus ethnisch gemischten Gebieten in ethnisch homogene Stadtviertel, Dörfer und Regionen.
- Das Festhalten an Symbolen, Mythen und Ritualen der Ausgrenzung und des Krieges verhindert, dass sich die Gemeinschaften und ihre Mitglieder konstruktiv begegnen. Symbole, Narrative und Rituale funktionieren wie »Verkehrsampeln«, die die Grenzen zwischen den Gemeinschaften festlegen und den Kontakt zwischen ihnen regeln.
- Unter dem Einfluss radikaler Eliten bleiben kollektive Traumata und Siegeseindrücke aus früheren Kriegen und Konflikten virulent. Sie können als Reservoir kollektiver Emotionen und Vorurteile schnell aktualisiert und zur Stärkung des Wir-Gefühls gegen andere Gruppen und Gemeinschaften instrumentalisiert werden.

Aufgrund der Dominanz exklusiver ethnischer Identitäten wird der Friedensprozess immer wieder untergraben und zurückgeworfen. Die Mitglieder der ethnischen Gemeinschaften leben – durch sichtbare und unsichtbare Mauern getrennt – in parallelen Welten. Derart defizitäre und deformierte Friedensprozesse sind nicht mehr als die Fortsetzung des Konflikts mit anderen Mitteln. Um die Fragmentierung der politischen Eliten und staatlichen Institutionen sowie die gegenseitige Schließung der ethno-politischen Gemeinschaften entlang ethnischer und/oder religiöser Trennlinien zu überwinden, bedarf es eines zweigleisigen Vorgehens, das politisch-institutionelle und sozio-kulturelle Aspekte gleichermaßen berücksichtigt. Die Herausforderung besteht darin, die kulturellen Ressourcen so anzusprechen und zu stärken, dass sie dem Zugriff ethno-politischer Scharfmacher entzogen und zu einem Reservoir und Rückhalt für die Friedensförderung werden können.

Die nachhaltige Befriedung innerstaatlicher Konflikte hängt mindestens ebenso stark von der Wiederherstellung und Heilung der sozialen Beziehungen zwischen den Konfliktparteien wie vom Aufbau effizienter Institutionen und einer erfolgreichen wirtschaftlichen Modernisierung und Entwicklung ab. Institutionen sind nur insoweit stabil, handlungsfähig und legitim, wie sie in den kulturellen Gegebenheiten einer Gesellschaft verwurzelt sind und spürbar zur Bearbeitung der gesellschaftlichen Probleme beitragen. Dabei spielt die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle. Sie kann sowohl als Resonanzboden und Medium für eine Politik der ethnischen Verfeindung wirken als auch zum aktiven (Mit-)Gestalter einer Kultur der Verständigung und des Friedens werden.

2 Die Situation im westlichen Balkan

Fast zehn Jahre nach dem Krieg im Kosovo und sieben Jahre nach dem Bürgerkrieg in Mazedonien sind beide multiethnischen Gesellschaften weiter tief gespalten. Die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, eine gemeinsame politische und nationale Vision durchzusetzen, greifen kaum. Die Bearbeitung der Konfliktvergangenheit kommt nur mühsam in Gang. Im Verhältnis zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern herrschen immer noch dirigistische Vorgaben und Entscheidungen vor. Die meisten Bürgerinnen und Bürger haben sich enttäuscht von der Politik abgewandt. Die ethnischen Gemeinschaften sind in ihrem Inneren immer noch überwiegend traditionell und paternalistisch organisiert. Der öffentliche Raum wird von ethno-politisch ausgerichteten Parteien dominiert. Selbst die Zivilgesellschaften sind überwiegend ethnisch strukturiert. Ethnisch übergreifende bzw. nicht-ethnisch orientierte Gruppen sind in der Minderheit.

Die Nachkriegsgesellschaften der Region müssen gleichzeitig vier große Transformationen bewältigen, um die Bürgerkriegsvergangenheit zu überwinden und Anschluss an die Entwicklung innerhalb der Europäischen Union zu finden:

- den Übergang von der Kriegs- zur Friedensgesellschaft;
- den Übergang von der Diktatur zur Demokratie;
- den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft;
- den Übergang von einer traditionellen agrarischen zu einer modernen urbanen Gesellschaft.

Für die Bewältigung des historischen Wandels gibt es bisher noch kaum an die konkreten Erfordernisse angepasste Entwürfe und Strategien. Alle vier Transformationen, die eng miteinander verwoben sind, werden ohne die aktive Begleitung und Unterstützung durch die lokalen Zivilgesellschaften nicht zu bewältigen sein.

2.1 Kosovo

Über einen Zeitraum von fast zwanzig Jahren – während der Krise des Selbstverwaltungssozialismus, der Repression unter dem Milošević-Regime und des Bürgerkrieges – wurde die kollektive Identität der Kosovo-Albaner existenziell bedroht. Nach der *De-facto*-Loslösung von Serbien im Jahr 1999 hatte die albanische Mehrheitsgemeinschaft unter den Bedingungen eines weitgehend fremdbestimmten und zeitlich forcierten *State-building*- und Friedensprozesses nur sehr begrenzte Möglichkeiten, eigene, authentische Identitäten zu entwerfen und zu erproben. Insbesondere die Fokussierung auf die Statusfrage trug mit dazu bei, dass Identitätswürfe aus der Zeit des Widerstands und Bürgerkrieges virulent geblieben sind. Die ethnischen Gemeinschaften haben es vorgezogen, an ihrer Opfer- bzw. Siegerrolle (bei den Albanern stehen beide nebeneinander) festzuhalten, anstatt sich auf den schwierigen Weg der Neubestimmung ihres Selbstverständnisses zu begeben.

Die Begründung einer eigenen nationalen Identität des Kosovo vollzieht sich im Spannungsfeld zwischen den Vorgaben der internationalen Gemeinschaft und den *Nation-building*-Projekten in den Nachbarstaaten Albanien, Mazedonien, Montenegro und Serbien. Ein Großteil der Eliten und der Bevölkerung hängt weiterhin einem ethno-nationalistischen Nationsverständnis an, das allein auf die albanische Mehrheitsbevölkerung und die Gemeinsamkeiten mit den Albanern in den Nachbarstaaten fokussiert (Kelmendi 2005). Wie eine Meinungsumfrage aus dem Jahr 2005 belegt, befürworten nur weniger als zehn Prozent eine Vereinigung mit Albanien.¹ Der von prowestlichen Politikern und kritischen Intellektuellen unterstützte Kurs in Richtung auf eine politische Nation nach dem Vorbild Frankreichs und der Vereinigten Staaten hat bislang lediglich in dem aufgeklärten urbanen Milieu der Hauptstadt Prishtina Anhänger und Anklang gefunden (ebd.).

Die internationalen Vorgaben für ein multiethnisches, rechtsstaatliches und demokratisches Kosovo sind im sogenannten Ahtisaari-Plan fixiert und wurden inzwischen auch in die neue Verfassung übernommen. Dazu gehören unter anderem der Aufbau multiethnischer Ministerien, Verwaltungen und Behörden wie Polizei, Justiz, Zoll, Strafvollzug. Außerdem gibt es eine Fülle von Gesetzen und Ankündigungen über die Förderung und Gleichstellung ethnischer und religiöser Gemeinschaften. Doch werden die eingegangenen Verpflichtungen wegen unzureichender finanzieller Mittel, fehlender bzw. überlasteter Strukturen, mangelnder Qualifikationen und Inkompetenz sowie direkter und indirekter Obstruktion auf der nationalen und lokalen Ebene nur schleppend umgesetzt (Hornstein Tomić 2008: 23 ff.).

Die ethnischen Minderheiten (v.a. Serben, Bosniaken, Gorani, Roma, Ashkali und Ägypter) die nach *Amnesty International* weiterhin diskriminiert werden,² verharren aus unterschiedlichen Gründen in der Rolle der Opfer und Marginalisierten. Eine Mehrheit der Kosovo-Serben, die ihre politische und kulturelle Identität nur noch beschränkt leben kann, verweigert – gestützt auf von Belgrad finanzierte Parallelstrukturen – die Integration in die kosovarische Gesellschaft wie auch in die neu entstehenden Institutionen. Sie konzentriert sich darauf, ihre Position und Identität in der Rückbindung an die kollektive staatliche/nationale Identität Serbiens zu behaupten. Seit der Unabhängigkeit wird die Abspaltung des überwiegend von Serbinnen und Serben bewohnten Nordens aktiv von Belgrad aus betrieben. Die kleineren Gemeinschaften (v.a. Roma, Ashkali und Ägypter) finden in der Auseinandersetzung zwischen Albanern und Serben kaum zu einer eigenen Stimme. Sie sind in besonderem Maße von wirtschaftlicher Ausgrenzung und Armut betroffen.

Die meist jungen Kosovarinnen und Kosovaren (50 Prozent sind unter 25 Jahre) suchen in einer sich im Zeitraffer modernisierenden Gesellschaft, die für sie angesichts wirtschaftlicher Stagnation und verbreiteter Armut kaum Zukunftschancen bereithält, nach angemessenen Rollen und Identitäten. Sie sind hin- und hergerissen zwischen der Befolgung traditioneller Werte und der Freizügigkeit und Anomie, die besonders in den schnell wachsenden Städten Platz greifen. Während in den Städten eine starke Orientierung auf die US-amerikanische und westeuropäische Alltagskultur vorherrscht, bestimmen auf dem Land überkommene, patriarchale Familienstrukturen das Bild. Der ländliche Raum ist rückständig und arm, die Überwindung der sozialen Marginalisierung der ländlichen Bevölkerung eine drängende politische Aufgabe. Hier werden Frauen beim Zugang zu Bildung und Beschäftigung noch immer benachteiligt. Junge Leute sehen oft in der Arbeitsemigration in westliche Staaten die einzige persönliche und wirtschaftliche Perspektive (Hornstein Tomić 2008).



Abbildung 1:
 Geografische Verteilung der ethnischen Gemeinschaften im Kosovo 2005

2.2 Mazedonien

Als »verspätete Nation« ist die Republik Mazedonien nach der Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1991 unter denkbar schlechten Voraussetzungen in die Aufholjagd um einen nach europäischen Maßstäben vollständigen und saturierten Status als Nationalstaat gestartet. Die Nachbarstaaten hatten zu diesem Zeitpunkt längst alle potenziell verfügbaren Bausteine einer ethno-nationalen mazedonischen Identität für sich reklamiert. Für Bulgarien ist die mazedonische Sprache lediglich ein westbulgarischer Dialekt. Griechenland bestreitet die Rechtmäßigkeit der Nutzung des Namens und der historischen Symbole der griechischen Region Makedonien durch den nördlichen Nachbarstaat, und Serbien hält an der Zugehörigkeit der mazedonischen Kirche zur serbisch-orthodoxen Kirche fest (Atanasov 2004: 15). Hinter den Ansprüchen der Anrainerstaaten stecken mehr oder weniger starke Phantomschmerzen ob des Verlustes (von Teilen) des Territoriums des heutigen Mazedoniens in der älteren oder jüngeren Vergangenheit. Dies wird in Skopje wiederum als Infragestellung der Existenz und territorialen Integrität Mazedoniens wahrgenommen, was dort die nationalistische Propaganda nur noch weiter anheizt.

Die gegenwärtige Koalitionsregierung unter der konservativen Partei VMRO-DPMNE³ versucht, den zum großen Teil selbst provozierten äußeren Druck für einen verschärften nationalistischen Kurs nach innen zu nutzen, um die Bevölkerung hinter sich zu sammeln. Hier hält die oppositionelle SDSM⁴ dagegen, die von der Betonung konservativer und vorsozialistischer Elemente im nationalen Identitätsdiskurs eine Schwächung ihres politischen Rückhalts in der Bevölkerung befürchtet und deshalb eine »linke Version des nationalen Narratives« propagiert (ebd.: 15 ff.). Dies zeigt, dass sich der junge Staat noch nicht einmal innerhalb der slawo-mazedonischen politischen und intellektuellen Elite auf einen einigermaßen akzeptierten nationalen Identitätswurf stützen kann. Mehr noch: Die nationalen Narrative und Symbole sind heute wieder stärker als zu Beginn dieses Jahrzehnts zum Gegenstand der insgesamt mit größerer Verbissenheit geführten innenpolitischen Auseinandersetzung geworden.

Die Bemühungen der Regierung um die Durchsetzung eines ethnischen Nationsverständnisses lösen bei der größten Minderheit – den Albanern (rund 25 Prozent) – teils gleichgültige, teils ablehnende Reaktionen aus. Die Slawo-Mazedonier nehmen das Land und die Institutionen nach wie vor als »ihren« »natürlichen« Staat wahr (Atanasov 2003: 304). Die öffentlichen Symbole, das proklamierte Geschichtsbild, die dominierenden Diskurse beziehen sich fast ausschließlich auf slawische bzw. mazedonische Wurzeln. In der Folge fühlt sich die große Mehrheit der Albanerinnen und Albaner in Fragen der nationalen Identität weder von der Regierung noch von den großen Institutionen und Ereignissen im öffentlichen Raum (z.B. Medien, Universitäten, NGOs sowie Feierlichkeiten, Sport- und Kulturveranstaltungen) vertreten und angesprochen.⁵ Die albanische Gemeinschaft lebt ihre eigene Identität, unterhält ihre eigenen Institutionen, ihre eigene Öffentlichkeit, ihre eigene Kultur und Kunst. Ihr Ziel ist es, »letztlich eine Gleichstellung der albanischsprachigen Bevölkerung als zweite staatstragende Nation zu erreichen« (Riedel 2005: 121/122).

Der Kampf zwischen den beiden Identitäten verstärkt die Zuwendung zu den je eigenen Narrativen und Symbolen und schwächt die Integration der mazedonischen Gesellschaft als Ganzes (ebd.: 309). Die Auseinandersetzungen werden von beiden Seiten als Nullsummenspiel wahrgenommen – wenn die eine etwas dazugewinnt, verliert die andere⁶ (Atanasov 2003: 304). Die Fixierung beider Seiten auf primär ethnische Nationskonzepte hat in den letzten Jahren zu einer spürbaren Verschlechterung der Rahmenbedingungen für das Zusammenleben beider Gemeinschaften geführt (Riedel 2005: 115; Hornstein Tomić 2008: 77). Dies gilt umso mehr, als die Iden-

titätspolitik der Slawo-Mazedonier und Albaner nicht nur darauf bedacht ist, das Selbstverständnis der jeweils eigenen Gemeinschaft zu stützen, sondern explizit das Ziel verfolgt, die andere Seite zu schwächen. So werden die mazedonische Sprachpolitik und der damit verbundene Ehrgeiz, die sprachlichen Wurzeln des Mazedonischen bis weit zurück in die Antike nachzuweisen, nicht zuletzt von der Absicht genährt, der slawischen Mehrheitsbevölkerung bereits für diese frühe Epoche »ein hohes kulturelles Entwicklungsniveau zu bescheinigen, als die albanischen Stämme angeblich noch als Hirtenvölker auf dem Balkan umherzogen« (Riedel 2005: 116). Im Übrigen sollen damit auch die älteren Rechte der Slawen auf das Territorium des heutigen Mazedonien begründet werden.

Die Belange der deutlich kleineren ethnischen Minderheiten (Türken, Roma, Serben, Aromunen/Walachen)⁷ finden im Schatten der Auseinandersetzung zwischen Mazedoniern und Albanern wenig Beachtung. Die ungebremst voranschreitende ethnische Segregation wird durch die international geforderten Reformen nicht verringert. So trägt das in der Verfassung verankerte Recht jeder Volksgruppe auf Unterricht in der eigenen Sprache eher zu weiterer Trennung und Entfremdung bei. Abgesehen von der Erfüllung formaler Auflagen der internationalen Gemeinschaft (z.B. Ratifikation der UN-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kulturellen Ausdrucks und Verabschiedung des Gesetzes über die Genehmigung öffentlicher Feiertage der verschiedenen ethnischen und religiösen Gemeinschaften), gibt es auf dem Gebiet der Gleichstellung ethnischer Minderheiten im Prinzip keine substanziellen Fortschritte. Ihre Vertretung im öffentlichen Dienst (darunter Armee und Polizei) ist völlig unzureichend. Die Komitees für interethnische Beziehungen bekommen kaum Unterstützung. Besonders Angehörige der Roma werden weiterhin massiv diskriminiert (z.B. polizeiliche Gewalt, Zugang zu Bildung, Beschäftigung und sozialer Betreuung).⁸

2.3 Die Politik der internationalen Gemeinschaft

Sowohl im Kosovo als auch in Mazedonien wurde die Aufgabe der Überwindung der kulturellen und mentalen Spaltung der Gesellschaften und der Konzipierung zukunftsfähiger Identitätsentwürfe von der internationalen Gemeinschaft nur halbherzig und mit einer die ethnopolitischen Rivalitäten eher verstärkenden Strategie angegangen. Zentrale Ziele der Befriedung beider Gesellschaften wurden verfehlt. Im Kosovo setzt sich der Exodus der serbischen Minderheit fort. In Mazedonien haben sich die ethnopolitischen Grabenkämpfe zwischen der slawo-mazedonischen Mehrheit und der albanischen Minderheit ungeachtet der schrittweisen Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid (2001) stetig verschärft. Bei der Integration der Roma und Ashkali wurden trotz zum Teil großzügiger finanzieller Förderung kaum Fortschritte erreicht.

Die internationale Gemeinschaft hat sich seit Anfang der 1990er Jahre massiv im Jugoslawien-Konflikt engagiert, um einen Dominoeffekt des Staatszerfalls und der Neugründung von Staaten im Gefolge des Zusammenbruchs der Sicherheitsarchitektur des Kalten Krieges zu verhindern (Reljić 2004). Wie die Entwicklung seitdem zeigt, ist die Rechnung nicht aufgegangen; die geostrategische Umbruchsdynamik in der Region ist bis heute nicht zum Stillstand gekommen. Inzwischen sind auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien sieben neue Staaten entstanden. Ob Bosnien-Herzegowina als einheitlicher Staat bestehen bleibt, ist ebenso wenig ausgemacht wie der Erhalt der territorialen Integrität des unabhängigen Kosovo und der Republik Mazedonien.

Viel wird davon abhängen, in welche Richtung sich die nationalen Projekte der Serben, der Albaner und der Slawo-Mazedonier in den kommenden Jahren entwickeln werden.

Nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo scheint vorläufig eine gewisse Ruhe eingekehrt zu sein. Doch unter der Oberfläche gehen die Auseinandersetzungen weiter. Anzeichen dafür sind insbesondere die angespannte Lage im mehrheitlich von Serben bewohnten Norden des Kosovo und die nationalistische Radikalisierung der konservativen mazedonischen Regierung. Mit der Unterstützung der Unabhängigkeit hat sich der Westen in der Kosovo-Frage – wie übrigens auch in Bosnien-Herzegowina – in eine Sackgasse manövriert. Die Verantwortlichen hoffen nun auf eine Beruhigung der Situation und setzen auf den Faktor Zeit. Die »Kraft des Faktischen« soll mittelfristig für Entspannung und Klärung sorgen. Um die fragile Stabilität nicht zu gefährden, wagt im Moment keiner, ernsthafte Veränderungen in der Strategie des *Nation-building* anzugehen.

Der bisherige Verlauf des Prozesses hin zur Unabhängigkeit des Kosovo ist für die Politik des Westens symptomatisch. Geostrategisch gesehen, ist es ihm zwar gelungen, den Einfluss Russlands im westlichen Balkan weiter zurückzudrängen. Die Eigenstaatlichkeit des Kosovo sichert den USA und der EU die Befestigung ihres wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einflusses in Südosteuropa. Die Arrondierung der westlichen Einflussphäre in der Region ist fast abgeschlossen. Die Aufnahme der neu gegründeten Staaten in die NATO und die EU scheint nur noch eine Frage der Zeit. Doch ist dem Westen bislang der dritte große Erfolg verwehrt geblieben. Die Überführung der primär unter externem Druck

In einer stark kriegerisch geprägten Gesellschaft suchen Kinder und junge Menschen nach einer neuen Identität



erreichten sicherheitspolitischen Stabilität in eine tragfähige regionale Ordnung, die sich auf leistungsfähige Institutionen, prosperierende Volkswirtschaften und aufblühende multiethnische, politische Nationen stützen kann, liegt noch in weiter Ferne.

Der Misserfolg wiegt umso schwerer, als im Westbalkan mehr als in jeder anderen Region der Welt seit über anderthalb Jahrzehnten gewichtige externe staatliche und nicht-staatliche Akteure tätig sind und umfängliche Unterstützung leisten, darunter auch bei der Umsetzung eines friedens- und modernisierungskompatiblen *Nation-building* (ebd.: 143). Die Konzentration auf das zentrale Ziel, keine politischen und militärischen Ausscheidungskämpfe zwischen den radikalen Führungszirkeln der nationalen Gemeinschaften mehr zuzulassen, hat den Nebeneffekt, notwendige Lern- und Veränderungsprozesse in den Gesellschaften weitgehend zu blockieren. Im Ergebnis sieht sich die internationale Gemeinschaft insofern mit einer paradoxen Situation konfrontiert, als ihre Bemühungen um eine multiethnische Organisation der neu gegründeten Staaten eher zu wachsendem Unmut in den lokalen Bevölkerungen und zu einer Stärkung extrem-nationalistischer Kräfte geführt haben (Hornstein Tomić 2008).

Die nationalen Projekte sind vorerst im primär machtpolitisch motivierten Armdrücken zwischen den mehrheitlich ethno-nationalen Eliten und der internationalen Gemeinschaft stecken geblieben. Einerseits verfügen die ethno-nationalen Führungskreise als »Objekte« des *Nation-Building* der internationalen Gemeinschaft nur über einen sehr begrenzten Spielraum für die Durchsetzung ihrer nationalistischen Ambitionen (ebd.: 157). Andererseits reichen ihre Handlungsmöglichkeiten offenbar aber doch aus, um die identitätspolitischen und institutionellen Vorstellungen der internationalen Verantwortlichen und Experten zu unterlaufen. Gleichwohl dürfen sie dabei den Bogen nicht überspannen. Denn bis heute gilt die »Faustregel«, dass diejenigen die besten Aussichten auf die Verwirklichung ihrer Ziele haben, die über die engsten Beziehungen zu den großen externen Akteuren, allen voran den USA und der EU, verfügen (ebd.).

Wie folgenschwer die Fehleinschätzung der kulturellen und identitätspolitischen Dimension der Friedensprozesse ist, wird sowohl durch die Krise um die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo vom 17. Februar 2008 als auch durch die massive Zuspitzung der innenpolitischen Situation in Mazedonien im Zusammenhang mit den jüngsten Parlamentswahlen (1. Juni 2008) bestätigt. Die Entwicklung offenbart, wie fragil die Friedensprozesse in beiden Ländern und in der Westbalkanregion insgesamt noch sind:

- Die Gefahr der gewaltsamen Reeskalation des Konflikts in beiden Staaten und in der gesamten Region ist nicht gebannt.
- Die ethnischen Gemeinschaften haben noch keinen zukunftsfähigen Modus des Zusammenlebens gefunden bzw. neu erarbeitet.
- Die Institutionen des Staates, der Verwaltung, des Justiz- und Sozialwesens funktionieren weiter primär als Klientensysteme zugunsten der ethnischen Gemeinschaften (vgl. z.B. Riedel 2005: 122).
- Eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung scheint selbst auf lange Sicht nicht erreichbar.

Die stark defizitären Friedensprozesse werden durch die Lücke zwischen einer primär von außen gesteuerten Institutionalisierung und dem vernachlässigten Identitätswandel erheblich gefährdet. Neben dem selbstgewissen Paternalismus der westlichen Regierungen und internationalen Organisationen ist die Hauptursache für diese Lücke in dem rationalistischen Paradigma zu suchen, das die politischen Entscheidungsprozesse und die sozialwissenschaftliche Forschung in den westlichen Staaten dominiert (Kaufman 2006). Bezogen auf die Konfliktregelungs- und Friedensbemühungen der westlichen Staaten, geht das rationalistische Paradigma von der Annahme aus, dass die politischen Führer und Führerinnen der Konfliktparteien letztlich doch nach rationalen Kriterien agieren und sich primär von Sachinteressen und einem klaren Kosten-Nutzen-Kalkül leiten lassen.

Konsequenterweise fokussiert die *Peacebuilding*-Strategie der internationalen Gemeinschaft darum hauptsächlich auf den Aufbau funktionierender Institutionen und die Einbindung der herrschenden Eliten durch eine Strategie politischer, materieller und symbolischer Anreize und Sanktionen. Diese Herangehensweise unterschätzt jedoch, dass die ehemaligen Konfliktparteien noch tief in feindliche, aggressive oder lähmende Gefühle verstrickt sind. Die politischen Führer befinden sich sozusagen in einer identitätspolitischen Falle (*»symbolic politics trap«*), die entweder von ihren Vorgängern oder ihnen selbst durch eine destruktive und exklusive Identitätspolitik verursacht wurde. Sie sind Gefangene der feindlichen Haltungen und emotionalen Blockierungen in ihrer Anhängerschaft, die nur in einem langfristigen, bewusst gestalteten Prozess überwunden werden können. Dazu bedarf es unter anderem der Ergänzung der Strategie des *Institution-building* der internationalen Gemeinschaft durch eine deutlich aktivere identitätspolitische Komponente, die die Bearbeitung der emotionalen Fundamente der gegenseitigen Verfeindung und deren symbolischen Äußerungsformen entschlossener zum Thema macht (ebd.: 202).

In dem Maße, wie im Prozess der Formulierung und Implementierung zeitgemäßer Projekte der Neubegründung nationaler Identitäten die Autonomie und Eigenverantwortung der nationalen und lokalen Akteure (*local ownership*) unterschätzt und vernachlässigt wurde, blieb insbesondere auch der unverzichtbare Beitrag der lokalen Zivilgesellschaften unzureichend. Nationale Identitäten, die in den Gesellschaften Widerhall finden sollen, können weder von den Entscheidungszentren der internationalen Gemeinschaft noch den lokalen Regierungen verordnet werden. Auch sind die Übertragbarkeit und Passfähigkeit von Rezepten, die sich in anderen politischen Konstellationen und Kulturen bewährt haben, nicht von vornherein erwiesen. All das spricht dafür, mit dem in Konzeptpapieren und Sonntagsreden beschworenen hohen Stellenwert der lokalen und internationalen Zivilgesellschaft für die erfolgreiche Gestaltung der Transformations- und Demokratisierungsprozesse in den Nachkriegsgesellschaften des westlichen Balkan endlich Ernst zu machen.

Die lokale und transnationale Zivilgesellschaft, darunter der Zivile Friedensdienst (ZFD) mit seinen Partnern vor Ort, kann mit ihrem Fokus auf die Veränderung gesellschaftlicher Beziehungen und Werte einen Beitrag zur Stabilisierung und nachhaltigen Friedenskonsolidierung in Post-Konfliktgesellschaften leisten. Dafür ist allerdings auch eine entsprechende konzeptionelle und strategische Justierung der zivilgesellschaftlichen Friedensarbeit erforderlich. Es reicht nicht mehr, sich zwar kritisch zu desintegrativen Tendenzen in der Politik der lokalen Regierungen und internationalen Institutionen zu äußern, selbst aber kaum integrative Alternativkonzepte vorzulegen (Riedel 2005: 274).

»Drama of year 1878« von Musli Mulliqi. Nach der Aufteilung albanisch bewohnter Gebiete zwischen verschiedenen Reichen im Jahr 1878 gründete sich die »League of Prizren«, um die Einheit der albanischen Bevölkerung auf dem Balkan wiederzuerlangen. Das Gemälde hängt heute zur Erinnerung an die albanische Einheitsbewegung im Museum der »League of Prizren«.



- 1 What happened to Greater Albania? Nationalism is not nationality, New Economist, 18.01.2007.
- 2 www.amnesty-exjugoslawien.de/serbien/inhalt.html
- 3 Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei der Mazedonischen Nationalen Einheit.
- 4 Sozialdemokratische Union Mazedoniens.
- 5 Selbst die 2001 revidierte Präambel der mazedonischen Verfassung bestätigt die Sonderstellung der slawo-mazedonischen Mehrheitsbevölkerung: »The citizens of the Republic of Macedonia, the Macedonian people, as well as citizens living within its borders who are part of the Albanian people, the Turkish people, the Vlach people, the Serbian people, the Romany people, the Bosniak people and others taking responsibility for the present and future of their fatherland (...)«
- 6 So fordert der jüngste »Early Warning Report« des UNDP: »Political elites and the media should stop abusing, instrumentalizing and manipulating around ethnic problems for the purpose of daily politics, exaggerating the problems or presenting them along the lines of »winners« and »losers.« (UNDP: Early Warning Report – Macedonia, June 2007, S. 54).
- 7 Mazedonier (1.297.981), Albaner (509.083), Türken (77.959), Roma (53.879), Serben (35.939), Bosniaken (17.018), Aromunen/Walachen (9.695).
- 8 www.amnesty-exjugoslawien.de/mazedonien/inhalt.html

3 Zivilgesellschaftliche Identitätsarbeit im westlichen Balkan

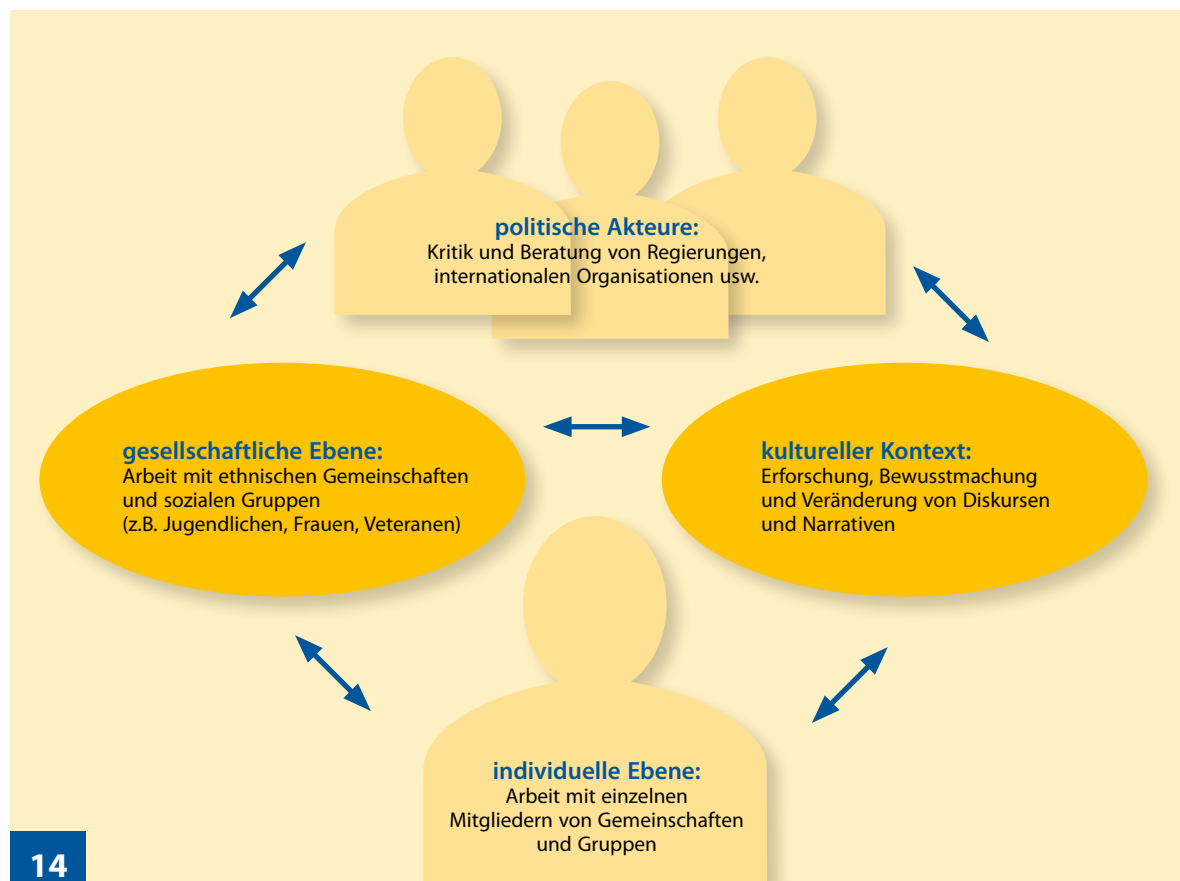
Der Königsweg, den Wandel politischer und gesellschaftlicher Identitäten in Post-Konfliktgesellschaften zu begleiten und zu fördern, ist geduldige Beziehungsarbeit mit einem langen Atem (Lederach 1999). Nur durch eine tragfähige Veränderung der Beziehungen zwischen den ethnischen Gemeinschaften, Generationen, Geschlechtern, sozialen Milieus sowie zwischen der politischen Führungsebene und den Bürgerinnen und Bürgern können die Gesellschaften sukzessive die Fähigkeit erwerben, mit den angestauten und noch weithin unbearbeiteten Konflikten konstruktiv umzugehen und sie als produktiven Anstoß für einen demokratischen und sozial gerechten Umbau anzunehmen.

Während die Vergangenheitsarbeit darauf gerichtet ist, die Ursachen und Verantwortlichkeiten für die (Zer-)Störung der sozialen Beziehung in der Zeit der Unterdrückung und des Bürgerkrieges offenzulegen und Verletzungen zu heilen, zielt Identitätsarbeit primär darauf ab, nach und nach ein kulturelles und normatives Bezugssystem für die Gestaltung einer friedlichen Zukunft der Gemeinschaften und der Gesellschaft insgesamt zu erarbeiten.⁹ Identitäten sind fest verinnerlichte kulturelle und mentale Muster, die soziale Beziehungen prägen und soziale Veränderungen entweder blockieren oder

erst ermöglichen können. Soziale Veränderungen gelingen nur dann, wenn sie mit einem Wandel der Identitäten einhergehen. Deshalb ist kreative zivilgesellschaftliche Identitätsarbeit für einen nachhaltigen Verlauf von Friedensprozessen unverzichtbar.

Der Begriff *Identitätsarbeit* ist ernst gemeint. Wenn Identitäten handlungsleitende Konstrukte sind, die im tagtäglichen Handeln hergestellt, aufrechterhalten und angepasst werden, dann sind tief greifende Veränderungen nur durch eine nachhaltige Arbeit der (Selbst-)Reflexion und des Bewusstmachens bisheriger Prägungen sowie der Wiederentdeckung und Neuerfindung zukunftsfähiger Identitäten möglich. Ein zivilgesellschaftliches Verständnis von Identität bzw. Identitätsarbeit wird dabei idealtypisch nicht allein von der eigenen Position aus entwickelt, sondern bezieht von Anfang an die Identitäten der jeweils anderen Seite mit ein. Externe zivilgesellschaftliche Organisationen können dazu bei entsprechender Erfahrung und Expertise einen substantiellen Beitrag leisten. Voraussetzung ist allerdings, dass sie – bezogen auf die je konkreten Projekte – zuallererst ihre eigene Identität reflektieren, ehe sie in die Beratung und Zusammenarbeit mit lokalen Partnern einsteigen.

Abbildung 2: Bereiche und Ansatzpunkte des ZFD und anderer zivilgesellschaftlicher Projekte der Identitätsarbeit in Friedensprozessen



Der erste Ansatzpunkt für die Projektarbeit ist die Stärkung der instrumentellen und der auf die Veränderung der »symbolischen Ordnung des Politischen« gerichteten Fähigkeit der lokalen zivilgesellschaftlichen Akteure. Die Förderung der instrumentellen und symbolischen Handlungsfähigkeit ist nur dann nachhaltig zu bewerkstelligen, wenn zivilgesellschaftliche Identitätsarbeit sowohl bei den akteursbezogenen Voraussetzungen, wie zum Beispiel den individuellen und kollektiven Identitätsstrategien (Kraus/Mitzscherlich 1997: 164), als auch bei den je individuell biografisch angeeigneten und kollektiv verfügbaren sozialen, kulturellen, symbolischen und wirtschaftlichen Ressourcen/Kapitalsorten ansetzt. Zwischen beiden Ebenen besteht ein wechselseitiger Zusammenhang. So korrelieren Einkommen, Bildungsstand, soziale Kompetenz und der Grad sozialer Anerkennung mit dem Zugang zu und der Nutzbarkeit von Netzwerken¹⁰ (Keupp 1987: 39 f.; Ahbe 1997).

In der transnationalen zivilgesellschaftlichen Identitätsarbeit – wie übrigens auch in der Entwicklungszusammenarbeit und anderswo – firmieren die Strategien und Maßnahmen zur Erhöhung der instrumentellen Handlungsfähigkeit der lokalen Partner im Sinne der Stärkung ihrer Autonomie und Kompetenzen zur Wahrnehmung und Durchsetzung eigener und gesamtgesellschaftlicher Interessen unter dem Rubrum *Empowerment*. Bezogen auf die gesellschaftliche Arena der Identitätsformierung, müsste es in diesem Strang der Unterstützung und Zusammenarbeit darum gehen, die lokalen Akteure durch die Vermittlung sozialer, emotionaler, fachlicher und organisatorischer Kompetenzen in den Stand zu versetzen, ihre Gestaltungsspielräume und Ressourcen zu erweitern und optimal zu nutzen. Dazu würde unter anderem gehören, in gemeinsamen Projekten ein Verständnis für die identitätspolitischen Auseinandersetzungen in den Staaten des westlichen Balkan und die Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaften zu erarbeiten, eigene Identitäten kritisch zu hinterfragen und zeitgemäße Identitätsstrategien zu entwickeln sowie – gegründet auf diese Selbstkompetenz – einen friedensfördernden Identitätswandel zu begleiten.

Komplementär zum *Empowerment* ist das von transnationalen NGOs geleistete *Capacity-building* im Bereich der Stärkung und Qualifizierung der symbolischen Handlungsfähigkeit darauf abgestellt, die materiellen, finanziellen und institutionellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die lokalen Akteure in den Post-Konfliktgesellschaften einerseits die erforderlichen fachlichen, sozialen und organisatorischen Fähigkeiten selbst aneignen können und andererseits über die institutionellen, fachlichen und kulturellen Ressourcen verfügen, um im Bereich der Identitätsformierung aktiven Einfluss

auf dominierende Diskurse und kollektiv geteilte Deutungsmuster nehmen und gegebenenfalls alternative Identitätsentwürfe einbringen zu können. Mit Blick auf das Bourdieusche Konzept der Kapitalsorten müsste das *Capacity-building* in der zivilgesellschaftlichen Identitätsarbeit unter anderem an folgenden Eckpunkten ausgerichtet sein: Stärkung der Akzeptanz und Legitimität der Projekte, Initiativen und Organisationen; Aufbau dauerhafter (trans-)nationaler Netzwerke; Erhöhung der gesellschaftlichen und rechtlichen Autorität von Werten der Gewaltfreiheit und Toleranz; Propagierung inklusiver Identitäten usw.

Prüfstein dafür, ob und inwieweit transnationale und lokale zivilgesellschaftliche Identitätsarbeit diesen Anforderungen gerecht wird, ist die Befriedigung der Grundbedürfnisse der politisch und sozial am meisten benachteiligten Gruppen. Identitätsarbeit ist nicht von den strukturellen Dominanz- und Ausbeutungsverhältnissen in einer Gesellschaft zu trennen. Deshalb muss es das Ziel sein, den angestrebten Identitätswandel möglichst nachhaltig zu betreiben, das heißt ihn durch eine entsprechende Veränderung der strukturellen und kulturellen Lebensbedingungen der betroffenen Menschen zu befördern und zu befestigen. Ein Weg könnte zum Beispiel darin bestehen, die ehemaligen Konfliktparteien dabei zu unterstützen, auffällig unbefriedigte Bedürfnisse zu identifizieren und die für ihre Befriedigung erforderlichen strukturellen und kulturellen Veränderungen zu konzipieren und umzusetzen (Rubinstein 2001; Jeong 2000).

In der Regionalstrategie des ZFD für den westlichen Balkan werden für die Identitätsarbeit die drei Ziele formuliert,

- durch Krieg und Gewalt verfestigte ethno-politische Identitäten zurückzudrängen und die Herausbildung friedensfähiger übergreifender Identitäten auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene zu unterstützen;
- überkommene Identitäten im Verhältnis zwischen sozialen Milieus, Generationen und Geschlechtern konstruktiv zu hinterfragen sowie Rollen und Haltungen zu fördern, die Emanzipation und Eigenengagement zur Überwindung von Gewaltstrukturen begünstigen;
- gemeinsam nach Möglichkeiten der Vermittlung zwischen den eigenen (individuellen, religiösen und nationalen) Identitäten und den Identitäten der [Nachbarländer sowie der] anderen europäischen Staaten in der Perspektive der Annäherung an die EU zu suchen.

Type of Actors

Level 1: Top Leadership

- Military /political /religious /leaders with high visbality

Level 2: Middle Range Leadership

- Leaders respected in sector
- Ethnic /religious leaders
- Academics /Intellectuals
- Humanitarian leaders (NGOs)

Level 3: Grassroots Leaders

- Local Leaders
- Leaders of indignious NGOs
- Community developers
- Local Helth officials
- Refugee camp leaders

Approach to Building Peace

- Focus on high-level negotiations
- Emphasizes ceasefire
- Leders by high visible, single personality mediator

- Problem solving workshops
- Trainig in conflict resolution
- Peace commissions
- Insiders-partail teams

- Local peace commissions
- Grassroots training
- Prejudice reduction
- Psycho-social work in post-war trauma

Few

Affected Population

Many

Abbildung 3:

Akteurspyramide und Bearbeitungsschwerpunkte (Peacebuilding Foci) nach Lederach (1999)

Die Zielformulierung gründet sich auf die Einsicht, dass bei der Bearbeitung und Lösung ethno-politischer Konflikte destruktive und feindliche Emotionen, Normen und Bilder die am schwersten zu überwindenden Barrieren darstellen (Kelman 1987, 2008). Da ethno-politische Konflikte nicht nur zwischen politischen Führern und (para-)militärischen Gruppen, sondern zwischen ganzen Gemeinschaften bzw. Gesellschaften ausgetragen werden, dürfen interne und externe Strategien nicht nur an der politischen Top-Ebene und im Bereich der Sicherheitspolitik und des *Institution-building* ansetzen. Unverzichtbar ist zugleich eine intensive Arbeit auf der mittleren und Basisebene mit dem Ziel der Entschärfung und schrittweisen Überwindung des den Konflikt stützenden »Mythos-Symbol-Komplexes« (Smith 1986, 1999). Während auf der höchsten Ebene die Entscheidungsgewalt und Verantwortung für die Umsetzung und die Folgen von Identitätspolitik angesiedelt sind, befinden sich auf der mittleren Ebene mit den intellektuellen, religiösen und kulturellen Eliten die Verwalter des Mythen- und Symbolhaushaltes einer Gesellschaft bzw. Gemeinschaft. Dagegen umfasst die Basisebene sowohl die lokalen Verantwortlichen als auch die große Masse der Träger und Betroffenen destruktiver ethno-politischer Mobilisierungen (s. Abb. 3).

Aus dieser Struktur lassen sich fünf Hauptrichtungen zivilgesellschaftlicher Identitätsarbeit in Post-Konfliktgesellschaften ableiten:

- die Begleitung und Beratung der symbolischen und Identitätspolitik der internationalen Gemeinschaft im westlichen Balkan;
- die kritische Auseinandersetzung mit der Identitätspolitik der Regierung und anderer politischer Akteure (z.B. Führer ethno-politischer Gemeinschaften);
- die Erforschung des der Polarisierung und Verfeinerung der Gesellschaft zugrunde liegenden »Mythos-Symbol-Komplexes« und die Entwicklung von Alternativen;
- die Erarbeitung und Unterstützung friedensfördernder, inklusiver Identitätswürfe im Rahmen zivilgesellschaftlicher Projekte des ZFD und anderer transnationaler NGOs;
- die Vernetzung verschiedener Ansätze und Projekte der Identitätsarbeit und -politik zur Gewährleistung einer größeren Wirksamkeit und Nachhaltigkeit.

3.1 Beratung der internationalen Gemeinschaft

Die internationale Gemeinschaft hat mit ihrer Präsenz in den Post-Konflikt-Staaten des westlichen Balkan bislang weitgehend erfolgreich dafür gesorgt, dass die Konfliktparteien auf offene militärische Gewalt verzichten. Durch die den Staaten verordneten sicherheitspolitischen Auflagen und institutionellen Reformen wurden die nationalistischen Projekte der größten ethnischen Gemeinschaften (v.a. Serben, Kroaten, Albaner) so weit eingehegt, dass sie vorerst keinen regionalen und kontinentalen Schaden mehr anrichten können (Reljić 2004). Die endgültige und nachhaltige Klärung des Konglomerats ungelöster nationaler Fragen erhofft man sich von der Einbindung der Länder in die Europäische Union und die NATO. Die Orientierung der regierenden Eliten auf ein gemeinsames Ziel soll die ethno-politischen und nationalistischen Rivalitäten zurückdrängen und das Interesse an verschiedenen Formen der grenzüberschreitenden und regionalen Zusammenarbeit und Integration stärken.

Dieser weitgehend elitenzentrierte *Top-down*-Ansatz bedarf der substanziellen Untersetzung durch eine zivilgesellschaftlich begleitete Identitätsarbeit, die nicht nur auf die Identität der verschiedenen ethnischen und religiösen Gemeinschaften abstellt, sondern auch den Zusammenhang zwischen der nationalen und ethnischen Identität und anderen Gruppenidentitäten (Generation, Geschlecht, Schichten, Milieus, Kultur usw.) mit in den Blick nimmt. So wird eine europäische Identität in den Staaten des westlichen Balkan nur dann wirklich Halt und Akzeptanz finden, wenn sie auf kompatiblen, das heißt kooperationsorientierten und modernisierungsoffenen, regionalen und nationalen Identitäten aufrufen kann. Eine solche lokale, nationale und regionale Identitätsarchitektur setzt wiederum ein entsprechendes Fundament an innergesellschaftlichen Einstellungen und Wertüberzeugungen voraus. Zum Beispiel erscheint es schwer vorstellbar, dass die kosovarische Gesellschaft einen für sich gangbaren Weg nach Europa findet, ohne dass vorher der Heldenkult um die ehemaligen UÇK-Kämpfer und seine Vorbildwirkung, insbesondere für männliche Jugendliche, konstruktiv bearbeitet und relativiert wurde.

Um die Positionen und Einschätzungen der transnationalen und lokalen Zivilgesellschaften innerhalb der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse der internationalen Gemeinschaft im Allgemeinen und der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten im Besonderen fester zu verankern, müssten Konzepte und Strategien

für die verschiedenen Ebenen – Gremien der internationalen Organisationen, Mitgliedsstaaten, internationale Repräsentanten und Repräsentantinnen vor Ort – entwickelt werden. Eine auch durch den ZFD zu leistende aktivere zivilgesellschaftliche Begleitung und Beratung der Identitätspolitik der internationalen Gemeinschaft wäre in mehreren Richtungen denkbar:

- Erforschung der Identitätspolitik der internationalen Gemeinschaft (v.a. USA, EU, Russland) gegenüber den Staaten des westlichen Balkan;
- Entfaltung einer koordinierten *Lobby*-Arbeit mehrerer transnationaler NGOs, einschließlich des ZFD, gegenüber wichtigen internationalen Organisationen und einflussreichen Mitgliedsstaaten mit dem Schwerpunkt Identitätspolitik;
- Förderung einer unabhängigen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu den Interessen und Strategien der internationalen Gemeinschaft auf dem Gebiet des *Nation-building* und der nationalen Identitätsformierung gegenüber dem westlichen Balkan innerhalb der EU und in den Staaten der Region;
- Schaffung von Informations-, Feedback- und Beratungskanälen zwischen Vertretern und Experten der internationalen Gemeinschaft und Akteuren der lokalen Zivilgesellschaften zu den Themen *Nation-building* und Identitätspolitik;
- Unterstützung der Politik der internationalen Gemeinschaft zur Förderung der regionalen Kooperation und Integration im westlichen Balkan durch die Stärkung und Vernetzung einschlägiger zivilgesellschaftlicher Expertise und Aktivitäten;
- Begleitung und Untersetzung der Stabilisierungs- und Annäherungsprozesse (SAP) an die Europäische Union durch zivilgesellschaftliche Projekte, die eine zukunftsfähige Vermittlung lokaler, nationaler, regionaler und EU-europäischer Identitäten zum Inhalt haben.

3.2 Auseinandersetzung mit der Identitätspolitik der lokalen Regierungen

Der Wieder- bzw. Neuaufbau eines Staates oder gar einer Nation wird nur dann erfolgreich sein, wenn er durch eine integrative/inklusive Ideologie und Identität Legitimität und Orientierung erfährt (Hippler 2004: 20/21). Verständlicherweise sind die Ausgangsbedingungen dafür gerade in ethnisch gespaltenen Post-Konfliktgesellschaften denkbar ungünstig. Hier kollidiert die durch die Gewalterfahrungen der Vergangenheit verfestigte Verfeindung und Entfremdung der ehemaligen Konfliktparteien mit der aktuellen Herausforderung, die institutionellen und kulturellen Fundamente für ein friedliches Zusammenleben in einem gemeinsamen Staat errichten zu müssen. Die Bilanz der bisher erprobten Konzepte staatlicher Organisation (z.B. Konkordanz-Demokratie, kommunale Repräsentation, Föderalismus und kulturelle Autonomie) ist zumindest zwiespältig. In vielen Fällen – nicht zuletzt im westlichen Balkan – zeigt sich, dass die institutionellen Reformen, die eigentlich die interethnischen Spannungen auffangen und kanalisieren sollten, die Gruppengrenzen eher wieder betonen und das Konfliktpotenzial verstärken (Pfaff-Czarnecka 2004: 66).

Wie der Spagat zwischen einer gerechten Machtteilung zwischen zerstrittenen ethno-politischen Gemeinschaften und der Schaffung eines geeigneten institutionellen und ideologischen Rahmens für eine nachhaltige Konfliktbefriedung gelingen kann, ist eine noch weitgehend unbeantwortete Frage. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass es selbst für ähnlich gelagerte Fälle keine konzeptionelle Blaupause gibt. Das hat hauptsächlich damit zu tun, dass auch das ausgeklügeltste institutionelle Arrangement nicht zum Erfolg führt, wenn es nicht von einem hinreichend stabilen Elitenkonsens und der Akzeptanz und Loyalität der Bürgerinnen und Bürger getragen wird. Gelingt nicht rechtzeitig die Umsteuerung von der Phase der Gewalteinämmung in die Phase der substanziellen Bearbeitung und Beilegung des Konflikts, kann die anfänglich konstruktive Wirkung des institutionellen Gefüges unversehens zur Triebfeder einer erneuten Eskalation werden (Horowitz 2002). Formal unbestreitbar demokratische institutionelle Reformen können so den tatsächlichen Erfordernissen der Befriedung und Demokratisierung entgegenwirken (Pfaff-Czarnecka 2004: 65).

Um dem Schatten der Konfliktvergangenheit erfolgreich zu entgehen, empfiehlt Joanna Pfaff-Czarnecka (ebd.: 67) »eine plurikulturelle spätmoderne nationale Einbindung«, die »in ihren demokratischen Statusgaran-

tien ethnische Kategorien nicht gegenüber anderen Kriterien der Unterdrückung oder Marginalisierung privilegiert«. Dies würde unter anderem bedeuten, Identitätsmerkmale von Individuen und Gruppen, die sich entlang anderer gesellschaftlicher Bruchlinien (*fault lines*) als den ethnischen Unterschieden (z.B. Geschlecht, Generation, Milieu, Berufsstand) verfestigen, durch eine entsprechende Gestaltung der staatlichen Institutionen und eine ausreichend integrative Ideologie mindestens ebenso zu würdigen und zu schützen. Um ein solches Verständnis von »nationaler Einheit in Anerkennung der Vielfalt« verwirklichen zu können (ebd.: 51), müssten – so ihre Überzeugung – Vorkehrungen getroffen werden, die einerseits in stärkerem Maße gesamtgesellschaftliche Belange betonen und andererseits »Statusgarantien für schwache Gesellschaftsmitglieder auch unter harten ökonomischen Bedingungen« gewährleisten (ebd.: 57). Richtschnur für eine solche Politik sind zum Beispiel Prinzipien wie Antidiskriminierung und kulturelle Anerkennung sowie die Schaffung von Anreizen für die politischen Eliten zur Kompromissbildung (ebd.: 66).

Für den ZFD als Teil des transnationalen NGO-Netzwerkes und die lokale Zivilgesellschaft erwächst daraus die Anforderung, sich selbstbewusster an den Suchprozessen nach einem angemessenen institutionellen *Setting* und einer gleichermaßen verbindenden und mobilisierenden Ideologie zu beteiligen. Das Engagement der transnationalen und lokalen Zivilgesellschaft ist umso wichtiger, als sich politische Führer und Führerinnen entweder komfortabel in der »identitätspolitischen Falle« (*symbolic politics trap*) eingerichtet haben, weil sie weiter von den ethnischen Spannungen profitieren, oder sich nicht allein, das heißt ohne die aktive Unterstützung aus der Gesellschaft, aus der Dynamik gegenseitiger Anschuldigungen und Feindschaft lösen können. Indem zivilgesellschaftliche Akteure die Identitätspolitik der Regierung und anderer politischer Akteure kritisch begleiten, eigene Konzepte und Vorschläge unterbreiten sowie an der Implementierung und dem *Monitoring* konstruktiver Reformen mitwirken, bilden sie ein unverzichtbares Gegengewicht und Korrektiv zum *Top-down*-Ansatz der politischen Eliten.

Zivilgesellschaftliche Identitätsarbeit ist dabei in einer besonderen Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass durch die Fixierung auf die ethnischen Konfliktlinien andere soziale Gruppen wie Frauen, Alte, Arme, Arbeitslose und Menschen in entlegenen ländlichen Regionen nicht sozial ausgegrenzt und ideologisch diskriminiert werden. Wie Carol Johnson (2005) nachweist, neigen herrschende politische Eliten dazu, ihre soziale Machtposition zu befestigen, indem sie ihre eigene Identität als wahr und im allgemeinen Interesse liegend kon-



Identitäten verfestigen sich entlang der Trennlinien Geschlecht, Generation oder Milieu. Das Leben findet auf dem Balkan häufig als »Zusammen-Leben« unter Gleichgesinnten statt.

struieren und versuchen, konkurrierende Narrative zu delegitimieren. Ihre Untersuchung sensibilisiert dafür, dass jedem politischen Identitätsprojekt der Keim der Herabsetzung politischer und gesellschaftlicher Konkurrentinnen und Konkurrenten innewohnt. Dies kann an jeder beliebigen sozialen Trennlinie (Generation, Geschlecht, soziales Milieu, Zentrum–Peripherie usw.) geschehen. Ziel ist, Erscheinungen struktureller Schlechterstellung und Marginalisierung zu rechtfertigen. In ihrem Anspruch ist zivilgesellschaftliche Identitätsarbeit deshalb nicht nur ein anti-nationalistisches, sondern explizit ein emanzipatorisches Projekt. Es lässt sich von der Einsicht leiten, dass eine Gesellschaft nur insoweit stabil und friedlich sein kann, wie die verschiedenen Gruppen, Gemeinschaften, Schichten und Milieus über hinreichend gerecht verteilte Chancen verfügen, sich an den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen zu beteiligen.

Für die Kritik, Beratung und Begleitung der Politik des *Nation-building* und der damit einhergehenden nationalen Identitätspolitik der lokalen Regierungen und der internationalen Gemeinschaft hat Pfaff-Czarnecka (2004: 65/66) einen Fragenkatalog formuliert, der auch ein Leitfaden für die Identitätsarbeit lokaler und transnationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen in diesem Feld sein könnte:

- Werden gegenseitige Ressentiments geschürt (u. a. Minderheitenkomplexe der Mehrheiten)?
- Werden fließende Identitäten verfestigt (negativ), entsteht ein Zwang zur internen Homogenisierung?
- Werden Eliten privilegiert?
- Wird der politische und kulturelle Konservatismus gefördert?
- Werden die Anliegen sozioökonomisch schwacher Minderheitenmitglieder bei der Betonung »ethnischer Ziele« marginalisiert?
- Werden individuelle Rechte eingeschränkt und wird kollektiver Anpassungsdruck gefördert?
- Werden interne Minderheiten unterdrückt, entsteht ein *male bias*?
- Werden partikularistische Ziele betont, während gesamtgesellschaftliche Anliegen auf den politischen Agenden in den Hintergrund geraten; mangelt es an Anreizen für gesamtgesellschaftliche Solidarität?
- Wird die Herausbildung einer »an sich«-Identität (Wir-Gruppen-Bildung) unter lose integrierten Gruppenmitgliedern gefördert, die ethnische Merkmale teilen?
- Streben ethnische Minderheitenführer nach einer Fragmentierung politischer und Verwaltungseinheiten?



Die Familie hat einen wichtigen Stellenwert. Oft wohnen mehrere Generationen gemeinsam unter einem Dach.

3.3 Erforschung und Überwindung des »Mythos-Symbol-Komplexes«

Nach Anthony Smith (1996, 1999) ist der jedem ethno-politischen Konflikt zugrunde liegende Mythos-Symbol-Komplex »eine Kombination aus Mythen, Erinnerungen, Werten und Symbolen, die die Identität definieren«. Durch die gezielte Einbindung von emotional aufgeladenen Symbolen in wirkungsmächtige Mythen können politische Akteure die auf die Gruppe bzw. Gemeinschaft gerichteten Gefühle (Gemeinsamkeit, Verbundenheit und Zusammengehörigkeit) ihrer Anhängerinnen und Anhänger manipulieren und auf diese Weise den Zusammenhalt, die Solidarität und die Loyalität der *In-Group* sowie die Feindschaft und Furcht gegenüber der *Out-Group* stärken. Die Gruppensymbole werden dabei zunehmend als gleichbedeutend mit der Existenz, dem Status und der Sicherheit der Gruppe wahrgenommen (Brubaker 2007: 69; Kaufman 2006: 205).

Voraussetzung für eine nachhaltige Friedenskonsolidierung ist deshalb die Dekonstruktion und Neubestimmung dieses »Herzens ethnischer Identität« (Kaufman 2006: 204). In dem Maße, wie es gelingt, durch den Mythos-Symbol-Komplex vereinnahmte und beeinflusste Gefühle der Gruppenmitglieder vom manipulativen Zugriff radikaler ethno-politischer Eliten zu befreien, wachsen die Chancen für eine belastbare Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Präferenzen und Prioritäten weg von Ressentiments, Vorurteilen und Hass, hin zu Toleranz, Vergebung und Veränderungswillen (ebd.; Petersen 2002). Wie unter aktiver Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure diese sozial-psychologischen Mechanismen der ethno-politischen Mobilisierung im Interesse einer erfolgreichen Friedenskonsolidierung umgekehrt werden können (Kelman 2008: 63), lässt sich beispielhaft an den Forschungen von Vamik Volkan (2004) verdeutlichen, der sich seit mehreren Jahr-

zehnten mit den Ursachen ethno-politischer und nationalistischer Gewalt befasst hat.

Volkan betrachtet wie unter anderem auch der Anthropologe Howard Stein (1990) Ethnizität als eine Denkweise, als eine Art Affekt der Mitglieder einer Gemeinschaft:

»Ethnizität spiegelt die Gefühle und Gedanken, die Menschen mit denjenigen verbinden, die sich für sie unbewusst und symbolisch wie ihre Mütter oder wie andere wichtige Bezugspersonen aus ihrer Kindheit »anfühlen«. Somit beinhaltet Ethnizität nicht nur ein Gefühl der Zugehörigkeit auf einer grundlegenden emotionalen Ebene, sondern sie definiert auch »Wir-heit«, indem sie den »Anderen« definiert, der nicht »wie wir« ist.« (Volkan 2004: 23)

Mit der konzeptionellen Verknüpfung der gemeinsamen Identität einer Großgruppe – zum Beispiel einer ethnischen Gemeinschaft – mit der individuellen Kernidentität ihrer Mitglieder im Zuge der frühkindlichen Entwicklung wird verständlich, »warum ethnische, nationale und religiöse kollektive Identitäten Menschen so stark beeinflussen, dass sie für politische Propaganda und andere Formen der Manipulation anfällig werden und zuweilen Führerpersönlichkeiten blind folgen« (ebd.: 32).

Während die gemeinsame Großgruppenidentität dem/der Einzelnen nicht ständig bewusst ist, ja als normal und natürlich empfunden wird, rückt diese in Zeiten tatsächlicher und vermeintlicher Bedrohung und Gefährdung der Gemeinschaft plötzlich in den Vordergrund. Wegen der engen Verknüpfung von Großgruppenidentität und individueller Kernidentität werden »gemeinsame Erlebnisse der Hilflosigkeit und Demütigung« auch individuell als verletzend und gefährdend empfunden (ebd.: 34). Sie bewirken kollektive Angst- und Schreckensreaktionen und aktivieren gemeinsame Abwehrmechanismen über die spezifischen individuellen Abwehrmechanismen jedes Einzelnen hinaus (ebd.). Gerade in sol-

chen Situationen sind gemeinsame Anstrengungen und Rituale darauf gerichtet, die Großgruppenidentität zu stärken und eventuelle Risse zu kitten (ebd.: 38).

Wenn eine Gruppe bzw. Gemeinschaft unter existenziellen Stress gerät, ist es in hohem Maße vom Verhalten des bzw. der Führungspersonen abhängig, ob diese Bedrohung adaptiv aufgefangen und verarbeitet oder ob die einsetzende Regression¹¹ manipulativ genutzt wird, um dem gemeinsamen Projekt und dem Handeln der Gruppe eine überwiegend destruktive Richtung zu geben (ebd.). Dabei ist die Verantwortung der politischen, intellektuellen und religiösen Eliten umso größer, als Großgruppen unter Stress sich als besonders anfällig für Einflüsterungen erweisen. Ihr erster Reflex ist, sich um die Führer zu scharen, sich der eigenen Symbole (z.B. Flaggen, Hymnen, Rituale) zu vergewissern, sich gegenüber der feindlichen Außenwelt abzuschirmen, deutlich zwischen der eigenen Gruppe und »den Anderen« zu unterscheiden sowie Abweichler und Verräter zu stigmatisieren. Gesucht wird ein »Retter« oder eine »Retterin«, der oder die die Identität der gesamten Gruppe, samt der persönlichen Identitäten ihrer Mitglieder, zu schützen vermag (ebd.: 10).

Ansatzpunkte für eine Umkehrung dieser destruktiven Dynamik – von der Regression hin zur Progression ethno-nationalistisch infizierter Großgruppen – bieten die Elemente der Großgruppenidentität, die Volkan (2004: 41 ff.) aus seinen Forschungen destilliert hat. Diese »Muster des Denkens und Fühlens« (ebd.: 11) bilden in ihrer pervertierten Form zugleich die Hauptbestandteile des ethno-nationalistischen Symbol-Mythos-Komplexes:

(1) Gemeinsames Reservoir an positiv konnotierten Bildern einer Gemeinschaft:

Gemeint sind Bilder, die die Mitglieder einer ethnischen Gemeinschaft als Kinder von ihren Eltern und anderen bedeutungsvollen Bezugspersonen vermittelt bekommen haben und die stark auf das verweisen, was von der Großgruppe als wichtig angesehen wird (ebd.: 41). Das Ziel zivilgesellschaftlicher Identitätsarbeit könnte darin bestehen, die Verbindung dieser Bilder mit der nationalistischen Ideologie zu kappen und ihre affektive Kraft auf Aspekte der Gemeinschaft und ihrer Beziehungen zu anderen Gruppen zu lenken, die geeignet sind, das Selbstwertgefühl der einzelnen Mitglieder zu steigern und den Angehörigen anderer Gruppen mit Aufgeschlossenheit und Toleranz zu begegnen.

(2) Gemeinsame »gute« Identifikationen mit gruppen-spezifischen Merkmalen und Inhalten (z.B. Religion, Ethnie, Kultur, Sprache):

Im Verlauf der Entwicklung (Sozialisierung) jedes Gruppenmitglieds werden zentrale Elemente der jeweiligen Großgruppenidentität zu integralen Bestandteilen der individuellen Kernidentität (ebd.: 43). Diese »Einwebung« der Großgruppenidentität »in das dauerhafte Selbstempfinden des Individuums ist nur noch sehr schwer – wenn überhaupt – zu verändern« (ebd.: 46). Insofern kann es bei der Bearbeitung nicht um die Veränderung dieser Muster gehen. Im Vordergrund steht ihre Relativierung und Neurahmung, indem ein Zustand angestrebt wird, in dem die Mitglieder der Gemeinschaft ihre Kernidentität nicht mehr als bedroht erfahren und andere Identitätsbezüge wieder eine größere Bedeutung erlangen können.

(3) Übernommene und internalisierte »schlechte« Zuschreibungen von anderen, insbesondere dominierenden Gruppen:

Derartige Zuschreibungen werden von den Mitgliedern einer Großgruppe unbewusst angenommen und in die eigene Identität integriert (z.B. tief verwurzeltetes Unterlegenheitsgefühl der Albaner gegenüber den Serben) (ebd.: 48/49). Gegenstand zivilgesellschaftlicher Identitätsarbeit könnte sein, solche verinnerlichten Minderwertigkeitsgefühle und ihre Funktion für die ethno-nationalistische Mobilisierung gegen andere Gruppen bewusst zu machen. Darüber hinaus müsste es langfristig darum gehen, die strukturellen und kulturellen Ursachen für die Diskriminierung bzw. Marginalisierung von Gemeinschaften zu überwinden.

(4) Starke Identifizierung mit der Person und »der inneren Welt« der Führungspersonen der Gemeinschaft und ihrer Ideologie:

Besonders unter den Bedingungen der Regression öffnet sich die Großgruppenidentität gegenüber der »psychischen Organisation ihres Führers« (ebd.: 49). Individuelle Ängste und Sehnsüchte werden externalisiert und auf die Führerfigur und die von ihm kreierte (transformative) Ideologie projiziert. Dadurch werden religiöse, nationale oder ethnische Gefühle aktiviert und neue oder modifizierte Symbole, Mythen und Rituale geschaffen (ebd.: 50). Ein Schlüssel für die Bearbeitung ist die Überwindung der kollektiven Regression und die Dekonstruktion des Führerkultes und der ethno-nationalistischen Ideologie.

(5) Gewählte Ruhmestaten und Traumata als »gemeinsame Marker« für große Erfolge bzw. Misserfolge und Verluste der Großgruppe:

Diese Elemente »spielen bei weitem die wichtigste Rolle bei der Festlegung der Identität jeder großen Gruppe und der Verbindung der Gruppe zu ihrer Vergangenheit – ob als wirklichkeitsgetreue Erinnerung oder in einer durch Wünsche, Fantasien und psychische Abwehrmechanismen modifizierten Form« (ebd.: 51). Diese Ereignisse werden stark mythologisiert und von Generation zu Generation weitergegeben. Ein erster Schritt der Bearbeitung sollte sich auf die konstruktive Aufarbeitung der Vergangenheit mit dem Ziel der Überwindung der heroischen Selbststilisierung bzw. von Scham und Demütigung richten. Dadurch könnte unter anderem verhindert werden, dass derartig übersteigerte Gefühle des Triumphes oder der Scham und Demütigung an die nachfolgende Generationen weitergegeben werden.

(6) Verselbstständigung ethno-nationalistischer Symbole und Gleichsetzung der Symbole mit der Existenz der Großgruppe:

Die Symbole (z.B. Bilder, konstitutive Merkmale, emotionale Komplexe, Mythen, Rituale), die von einer Großgruppe in besonderer Weise geschätzt werden, können zu Objekten von großer psychischer Macht werden. Besonders wenn eine Großgruppe unter Stress steht, werden diese Symbole nicht mehr nur als Repräsentationen ihrer Identität gesehen, sondern treten als Bezugsobjekte an die Stelle der Gruppe selbst (ebd.: 61). Auch hier führt der Weg zivilgesellschaftlicher Identitätsarbeit zunächst über das Bewusstmachen der Mechanismen, die eine besondere Verletzlichkeit und Aggressivität der Gruppe im Hinblick auf den Umgang mit ihren Symbolen durch »die Anderen« bewirken. Eine solche Disposition kann schrittweise über die Entwicklung substanzieller Beziehungen zu der/den anderen Gruppe/-n und ihren Mitgliedern überwunden werden.

Für eine anspruchsvolle Unterstützungs- und Beratungsarbeit durch externe zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure bei der Dekonstruktion und Überwindung des Symbol-Mythos-Komplexes ist sowohl ein differenziertes Wissen über die emotionale und identitätsbezogene Dimension von Konflikt- und Friedensprozessen gefragt als auch eine Handlungskompetenz, die hauptsächlich darauf ausgerichtet ist, lokale/endogene Prozesse anzuregen, zu begleiten und zu unterstützen. Im Mittelpunkt stehen die Forschungs-, Beratungs- und Vernetzungsarbeit sowie die Unterstützung beim Aufbau und der Stärkung lokaler Kapazitäten und Kompetenzen.

3.4 Erarbeitung und Unterstützung friedensfördernder Identitätswürfe

Wie die skizzierten Handlungsfelder gegenüber den drei wichtigsten Akteursgruppen – internationale Gemeinschaft, nationale Regierungen und andere politische Akteure sowie Angehörige ethnischer Gemeinschaften – in Projekten des ZFD umgesetzt werden können, ist jeweils Gegenstand eines eigenen konzeptionellen und Planungsprozesses. Dabei muss jedes Projektdesign unter Berücksichtigung der konkreten zeitlichen, finanziellen, kulturellen und politisch-konjunkturellen Rahmenbedingungen sowie der Vorstellungen und Interessen der lokalen Partner entwickelt werden. Der Zivile Friedensdienst kann dabei aus einem reichen Fundus an Konzepten, Verfahren und Methoden schöpfen. Diese reichen von der Recherche und Forschung über Öffentlichkeitsarbeit, *Lobbying* und Beratung bis hin zu Formen der Kritik und des Protestes sowie dem ganzen Spektrum der Bildungs-, Kultur-, Medien-, Sensibilisierungs- und Sozialarbeit.

Sowohl aus Gründen der Ressourcenbündelung als auch im Interesse einer größeren Wirksamkeit und Nachhaltigkeit erscheint es sinnvoll, geeignete Ansätze der Vergangenheitsarbeit und Identitätsarbeit entweder als unterschiedliche Zugänge in ein und demselben Projekt oder in einer zeitlichen Abfolge zu kombinieren. Zwischen beiden Handlungsfeldern gibt es dafür eine ausreichend große Schnittmenge. So wäre denkbar, dass eine erfolgreiche Aufarbeitung der Konfliktvergangenheit in Vorhaben mündet, die auf die Erarbeitung übergreifender Identitäten und Wertüberzeugungen gerichtet sind.

In den Städten des Kosovo konkurrieren althergebrachte Traditionen mit der westeuropäischen und der US-amerikanischen Lebenskultur



Konkrete zivilgesellschaftliche Vorhaben und Projekte im ZFD könnten sich auf folgende beispielhafte Arbeitsfelder beziehen bzw. sich der angeführten Verfahren/Methoden bedienen:

- Erforschung der traditionellen, tiefenkulturellen Identitätsbezüge (Geschichte, Mythen, Rituale usw.) von ethnischen Gemeinschaften bzw. von einzelnen Städten und Regionen (z.B. Initiierung und Unterstützung von Forschungsprojekten mit Beteiligung, Durchführung von Workshops mit jüngeren Wissenschaftlern, zivilgesellschaftlichen Aktivisten und Experten);
 - Erkundung, Bewusstmachung, Neurahmung bestehender exklusiver (ethnischer und religiöser) Identitäten (z.B. Organisation von sogenannten *Problem-solving*-Workshops nach Burton und Kelman und anderen Verfahren wie *Story-Telling* nach Dan Bar-On, Aufstellungen, künstlerischen und wissenschaftlichen Projekttagen, Jugendaustausch mit westeuropäischen Partnern usw.);
 - Analyse und Problematisierung der Identitätspolitik internationaler, nationaler, ethno-politischer, religiöser und anderer Akteursgruppen und die Entwicklung von Vorschlägen für Dialog und Kooperation (z.B. Öffentlichkeits-, Medien- und Beratungsarbeit);
 - Monitoring der Implementierung von Gesetzen und anderen Verpflichtungen zur politischen, administrativen, juristischen, wirtschaftlichen und kulturellen
- Besserstellung benachteiligter ethnischer und religiöser Gemeinschaften auf nationaler und lokaler Ebene (z.B. Veröffentlichung regelmäßiger Berichte, *Capacity-building* für lokale Initiativen, Unterstützung der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit);
- Beratung und Training von Expertinnen und Experten, Einflusspersonen und ausgewählten Akteursgruppen zu Grundlagen der Identitätsforschung und des Identitätsmanagements (z.B. Kurse und Workshops für Journalisten, Sozialarbeiter, Therapeuten, Lehrer, junge Politiker usw.);
 - Errichtung bzw. Umgestaltung von Gedenkstätten und Museen zu zentralen Ereignissen der gemeinsamen Geschichte der ethnischen Gemeinschaften (z.B. Erstellung wissenschaftlicher Gutachten, Begleitung der öffentlichen Diskussion über die geschichtswissenschaftliche und geschichtspolitische Einordnung von Denkmälern, Betreuung des Neu- bzw. Umbaus einschlägiger Museen und ihrer Sammlungen, Ausbildung touristischer Führer und museumspädagogischen Personals);
 - Wiederbelebung oder Neueinführung von Feiertagen, Festen oder Ritualen zur Wiederentdeckung bzw. Begründung gemeinsamer konstruktiver Mythen zwischen den ethnischen Gemeinschaften (z.B. Etablierung von Kultur- und Kunstfestivals, Entwicklung und Produktion innovativer Theater- und Kunstprojekte, Anregung und Unterstützung von bildungs- und kulturpolitischen Jugendprojekten).

Die längst nicht vollständige Palette möglicher Projektinhalte und Arbeitsformen (siehe oben) unterstreicht den hohen Anspruch an Friedensfachkräfte und Konfliktberaterinnen und -berater, die im Bereich der zivilgesellschaftlichen Identitätsarbeit tätig sind. Die Kompetenzanforderungen ergeben sich in erster Linie aus der Erweiterung des Handlungsfeldes des Zivilen Friedensdienstes von der Phase der Konfliktbearbeitung in der (noch) heißen, gewaltsamen Phase und der unmittelbaren Konfliktnachsorge hin zur Phase der Friedenskonsolidierung. Damit vollzieht der Zivile Friedensdienst die Entwicklung der internationalen Staatengemeinschaft nach, in der in den letzten Jahren die Einsicht gewachsen ist, dass die (Wieder-)Herstellung nachhaltig friedlicher und lebensfähiger sozialer Beziehungen nach den Zerstörungen und Verletzungen durch massive kriegerische Gewalt eine besondere Form der internationalen Unterstützung und Begleitung über einen längeren Zeitraum notwendig macht.

In Abhängigkeit von der jeweiligen Anlage der Projekte sollten Akteurinnen und Akteure im ZFD neben der Konflikt- und Organisationskompetenz auch über ein spezifisches ethnologisches, kulturelles, psychologisches und/oder religionswissenschaftliches Wissen verfügen. Da sich Identitäten an sozialen Bruchlinien festmachen, muss außerdem eine soziologische und politikwissenschaftliche Expertise hinzutreten. Für eine kreative und situationsadäquate Handhabung dieser identitätstheoretischen Kenntnisse bedarf es zugleich eines breiten *Know-hows* an Verfahren und Methoden der Einzel- und (Groß-) Gruppenarbeit wie auch in der praktischen Beratung.

3.5 Vernetzung verschiedener Ansätze und Projekte der Identitätsarbeit

Ein immer noch unterschätzter Bereich jeglicher zivilgesellschaftlicher Intervention in Post-Konfliktgesellschaften ist die Netzwerkarbeit, die idealerweise die globale, kontinentale, regionale, nationale und lokale Ebene verbindet. Für die Identitätsarbeit könnte sich zum Beispiel ein solches Netzwerk zwischen verschiedenen Organisationen von einer *Lobby*-Gruppe bei der UNO und einem zivilgesellschaftlichen *Think Tank* bei der EU über einschlägige Entsendeorganisationen, Institute, Berufsverbände und Initiativen in Deutschland bis hin zu regionalen, nationalen und lokalen Partnereinrichtungen (Universitäten, Institute, NGOs, Bürgerinitiativen, Veteranenverbände, Künstlervereinigungen, kommunale Selbstverwaltungen usw.) erstrecken. Um bis in die mittlere und obere Ebene der Gesellschaften und Staaten Wirkung erzielen zu können, müssten die zivilgesellschaftlichen Netzwerke zusätzlich über Ableger bis hinein in die Vor-Ort-Strukturen der internationalen Gemeinschaft und in die nationalen und lokalen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen der Zielländer verfügen.

Ohne ein ebenso breites wie aktives *Networking* bleibt die Vielzahl von Einzelprojekten weitgehend auf den konkreten Interventionsbereich auf der Mikro- oder Mesoebene beschränkt.

»Without more joined-up work, there is a risk that peace-building will not be able to move beyond isolated programmes, successful or not in their own terms, and thus ultimately will not affect the overall situation.« (Fisher/Zimina 2008: 29)

Durch eine wirksame Netzwerkarbeit potenziert sich zudem das wirtschaftliche, soziale, kulturelle und symbolische Kapital, es entsteht ein »Gesamt-Kapital«, auf das die einzelnen Gruppen- und Netzwerkmitglieder zurückgreifen können. Es dient allen Beteiligten gemeinsam als Sicherheit und verleiht ihnen mehr Handlungsfähigkeit, Kreditwürdigkeit und einen größeren Einfluss auf die jeweilige Gesellschaft (Ahbe 1997: 212; Bourdieu 1992). Da die Ursachen von Gewalt vielfältig sind und eng zusammenhängen, müssen auch die Aktivitäten zu ihrer Überwindung an verschiedenen Punkten und Ebenen ansetzen und sinnvoll aufeinander abgestimmt sein:

(1) Zivilgesellschaftliche Identitätsarbeit ist zuerst und vor allem Beziehungsarbeit. Sie ist deshalb nur erfolgreich zu leisten, wenn sie sich auf tragfähige Beziehungen

in die Gesellschaft hinein stützen kann und zur Ausweitung und Stärkung dieser Beziehungen beiträgt.

(2) Zugang und Wirkung von externen Akteuren in einer Gesellschaft, zumal in einem so sensiblen Bereich wie der Identitätspolitik und Identitätsarbeit, sind nur über enge Beziehungen zu den Organisationen, Strukturen und Menschen vor Ort zu erreichen.

(3) Über ein angemessenes *Networking* lassen sich zwischen den beteiligten Akteuren gegenseitig vorteilhafte Synergien und Lernmöglichkeiten generieren. Zugleich können Doppelungen und Überlappungen, die nicht nur zulasten der Effektivität gehen, sondern mitunter auch radikalen Kräften in die Hände spielen, vermieden werden.

(4) Identitätsarbeit ist eng mit anderen Bereichen der zivilgesellschaftlichen Friedens- und Konfliktarbeit, aber auch der Entwicklungszusammenarbeit, der Umwelt- und Menschenrechtsarbeit verbunden. Über ein sinnvolles *Networking* können Informationen ausgetauscht, Aktivitäten gebündelt sowie Veränderungs- und Lernprozesse angestoßen werden.

(5) Veränderungen in einem konkreten Projektkontext können leichter eine darüber hinausgehende Wirkung und Nachhaltigkeit entfalten, wenn sie durch parallele Interventionen an anderen Orten und in anderen Bereichen begleitet und ergänzt werden.

(6) Aufgaben der Selbstorganisation und Koordination lassen sich in Netzwerken meist effektiver (z. T. durch Arbeitsteilung) gestalten. Die Kontrolle von Selbstverpflichtungen (z. B. *Codes of Conduct*) ist schlechterdings ohne ein Minimum an gemeinsamer Abstimmung, Gegenseitigkeit und Transparenz nicht realisierbar.

Wegen seines Stellenwertes für den Erfolg eines Projekts empfehlen Fisher und Zimina (2008), das *Networking* als integralen Bestandteil in einer Gesamtstrategie mit allen Kooperanten zu verankern. Ein solches Vorgehen setzt eine theoretische/konzeptionelle Vorstellung darüber voraus, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln der angestrebte soziale und mentale Wandel in dem breiteren sozialen Kontext, in dem die einzelnen Projekte angesiedelt sind, bewerkstelligt werden soll. Eine solche Strategie muss natürlich in erster Linie mit den betroffenen Menschen vor Ort erarbeitet werden (ebd.: 28/29).



Frauen im Kosovo (hier in Prizren) werden nach wie vor stark über ihre Rolle in der Familie definiert

-
- 9 Vergangenheit- und Identitätsarbeit sind insofern eng miteinander verwoben, als sich Erstere an Werten und Haltungen, das heißt Identitäten, ausrichten muss, die für die Zukunft der betroffenen Gemeinschaften bzw. Gesellschaften gelten sollen. In der Vergangenheitsarbeit werden überkommene Identitäten zum Thema; sie ist deshalb zum Teil auch Identitätsarbeit. Veränderte Identitäten werden wiederum nur dann Akzeptanz finden, wenn sie in der Geschichte, den Mythen und Ritualen der jeweiligen Gruppe verankert sind.
- 10 Zu Aufbau und Reproduktion sozialen Kapitals ist »unaufhörliche Beziehungsarbeit in Form von ständigen Austauschakten erforderlich, durch die sich gegenseitige Anerkennung immer wieder neu bestätigt« (Bourdieu 1983: 192 f.).
- 11 »Die Regression eines Individuums beinhaltet die Rückkehr zu Erwartungen, Wünschen und Ängsten sowie mit diesen verbunden eines frühen Stadiums der menschlichen Entwicklung. (...) Auch Großgruppen regredieren« (Volkan 2004: 8/9). Wird das »Urvertrauen« (Erik Erikson) der Mitglieder einer Gruppe erschüttert, kann es unter bestimmten Bedingungen pervertiert und in blindes Vertrauen gegenüber den Führern umgewandelt werden (ebd.: 10).

Quellen

Ahbe, Thomas, 1997: Ressourcen – Transformation – Identität, in: Keupp, Heiner/Höfer, Renate (Hrsg.): Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 207–226.

Atanasov, Petar, 2003: Macedonia Between Nationalism(s) and Multiculturalism: The Framework Agreement and its Multicultural Conjectures, in: Sociologija, Vol. XLV, No. 4, S. 303–316.

Atanasov, Petar, 2004: Macedonian National Identity: Quantitative Differences Between Unitary and Subaltern National Myths and Narratives, Discussion Paper 32 – South East Europe Series, The Centre for the Study of Global Governance, London School of Economics and Political Science, <http://www.lse.ac.uk/Depts/global> (08.08.2008).

Baumann, Marcel, 2008: Zwischenwelten: Weder Krieg noch Frieden. Über den konstruktiven Umgang mit Gewaltphänomenen im Prozess der Konflikttransformation, Wiesbaden: VS Verlag, i. E.

Bourdieu, Pierre, 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Sonderband 2 der Sozialen Welt, Göttingen: Schwarz.

Bourdieu, Pierre, 1992: Die verborgenen Mechanismen der Macht, Schriften zu Politik und Kultur 1, Hamburg: VSA.

Brubaker, Rogers, 2007: Ethnizität ohne Gruppen, Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlagsgesellschaft.

Burton, John, 1979. Deviance, Terrorism, and War: The Process of Solving Unsolved Social and Political Problems, Oxford: Martin Robertson.

Burton, John, 1990a: Conflict: Resolution and Prevention, New York: St. Martins Press.

Burton, John, 1990b: Conflict: Basic Human Needs, New York: St. Martins Press.

Fisher, Simon/Zimina, Lada, 2008: Just Wasting Our Time? An Open Letter to Peacebuilders. www.soziale-verteidigung.de/index.php/Nachrichten-Home/081014zeit.html (11.11.2008)

Hippler, Jochen (Hrsg.): 2004: Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? EINE Welt-Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz.

Hornstein Tomić, Caroline, 2008: Interethnische Beziehungen in Südosteuropa – Ein Bericht zur Lage in Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien, Zagreb: Institut für Sozialwissenschaften Ivo Pilar, im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., http://www.kas.de/wf/doc/kas_13975-544-1-30.pdf (15.09.2008).

Horowitz, Donald L., 2002: Constitutional Design. Proposal versus Processes, in: Reynolds, Andrew (Hrsg.): The Architecture of Democracy. Constitutional Design, Conflict Management, and Democracy, Oxford: Oxford University Press, S. 15–36.

Jeong, Ho-Won, 1999: Conflict Resolution: Dynamics, Process, and Structure, Aldershot: Ashgate.

Jeong, Ho-Won, 2000: Peace and Conflict Studies, Aldershot: Ashgate.

Johnson, Carol, 2005: Narratives of Identity: Denying Empathy in Conservative Discourses on Race, Class, and Sexuality, in: Theory and Society, Vol. 34, S. 37–61.

Kaufman, Stuart J., 2006: Escaping the Symbolic Politics Trap: Reconciliation Initiatives and Conflict Resolution in Ethnic Wars, in: Journal of Peace Research, Vol. 43, No. 2, S. 201–218.

Kelman, Herbert C., 1987: The Political Psychology of Israel-Palestinian Conflict. How Can We Overcome the Barriers to a Negotiated Solution, in: Political Psychology, Vol. 8, No. 3, S. 347–363.

Kelman, Herbert C., 2008: Social-Psychological Dimensions of International Conflict, in: Zartman, I. William (Hrsg.): Peacemaking in International Conflict. Methods & Techniques, Revised Edition, Washington D.C.: United States Institute of Peace, S. 61–107.

Kelmendi, Migjien (Hrsg.), 2005: Who is Kosovar? Kosovar Identity. A Debate from the Weekly Magazine »Java«, Prishtina.

Keupp, Heiner, 1997: Diskursarena Identität: Lernprozesse in der Identitätsforschung, in: Keupp, Heiner/Höfer, Renate (Hrsg.): Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 11–39.

Kraus, Wolfgang/Mitzscherlich, Beate, 1997: Abschied vom Großprojekt. Normative Grundlagen der empirischen Identitätsforschung in der Tradition von James E. Marcia und die Notwendigkeit ihrer Reformulierung, in: Keupp, Heiner/Höfer, Renate (Hrsg.): Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 149–173.

Lederach, John Paul, 1999: JustPeace – The Challenge of the 21st Century, in: European Center for Conflict Prevention (Hrsg.): People Building Peace. 35 Inspiring Stories from Around the World, Utrecht, S. 27–36.

Pfaff-Czarnecka, Joanna, 2001: Distanzen und Hierarchien. Kampf um ethnische Symbole in Nepals Öffentlichkeiten, in: Horstmann, Alexander/Schlee, Günther (Hrsg.): Integration durch Verschiedenheit, Bielefeld: Transcript, S. 235–267.

Pfaff-Czarnecka, Joanna, 2004: Demokratisierung und Nation-Building in »geteilten Gesellschaften«, in: Hippler, Jochen (Hrsg.): Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? EINE Welt-Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz, S. 49–68.

Reljić, Dušan, 2004: Zwischen Selbstbestimmung und Multiethnizität – Internationale Akteure und Nation-Building in Bosnien und Kosovo, in: Hippler, Jochen (Hrsg.): Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? EINE Welt-Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz, S. 141–158.

Riedel, Sabine, 2005: Die Erfindung der Balkanvölker. Identitätspolitik zwischen Konflikt und Integration, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Rubinstein, Richard, 2001: Basic Human Needs: The Next Steps in Theory Development, in: International Journal of Peace Studies, Vol. 6, No 1, http://www.beyondintractability.org/essay/human_needs/ (05.05.2008).

Smith, Anthony, 1986: Ethnic Origins of Nations, Oxford: Basil Blackwell.

Smith, Anthony, 1999: Myth and Memories of the Nation, Oxford: Oxford University Press.

Stein, Howard F., 1990: International and group milieu of ethnicity: Identifying generic group dynamic issues, in: Canadian Review of Studies in Nationalism, Vol. 17, S. 107–130.

UNDP: Early Warning Report – Macedonia, June 2007, <http://www.ewr.org.mk/reports/EWR%20June%202007%20-%20ENG.pdf> (04.07.2008).

Volkan, Vamik D., 2004: Blindes Vertrauen. Großgruppen und ihre Führer in Krisenzeiten, Gießen: Psychosozial-Verlag.

Abbildungen

Abb. 1: © Klett-Verlag, aus »Geschichte und Geschehen – Neuzeit, Sekundarstufe II« (ISBN: 978-3-12-430020-1, Karte S.518)

Abb. 2: Lutz Schrader

Abb. 3: nach Lederach 1999



Gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Über den Autor



Dr. Lutz Schrader, geboren 1953 in Weimar, ist Politikwissenschaftler und Friedens- und Konfliktforscher. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Frieden und Demokratie der FernUniversität Hagen. Dort koordiniert er den friedenswissenschaftlichen Studiengang Master of Peace Studies. Schwerpunkte seiner Forschungsarbeit sind Friedens- und Konflikttheorien, die Dynamik von Gewalt- und Friedensprozessen, Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure in der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung sowie Konzepte und Verfahren der Konfliktbearbeitung. Er arbeitet seit 2005 eng mit dem forumZFD zusammen. Seit August 2006 ist er Vorsitzender von Transcend – Netzwerk für Konfliktbearbeitung und Friedensentwicklung e. V.